

Kritik der falschen Kriegskritik

Über fehlerhafte Vorstellungen vom deutschen Staat und dessen Friedenswillen
Von Freerk Huisken



Auf dass endlich Frieden herrsche, muss es nach Auffassung der AfD wieder ein souveränes, eigenständiges Deutschland geben, auf das die Welt wieder zu hören hat (AfD-Kundgebung in Nürnberg, 15. April 2023)

Im August erscheint bei VSA von Freerk Huisken eine Flugschrift mit dem Titel »Frieden – eine Kritik«. Im Folgenden veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung von Verlag und Autor einen Auszug aus dem einleitenden Teil der Schrift, der sich mit der Kriegsbereitschaft der neuen deutschen Friedensmoral und mit dem Rest an friedensbewegtem Einspruch dagegen auseinandersetzt. (jW)

Der Westen tut alles, so lautet das NATO-Narrativ, um am Fall der Ukraine die Friedensordnung wiederherzustellen, die seit Putins Angriff in Scherben liegt. Wenn freilich mit der westlichen Militärhilfe an die Ukraine die Ruinierung dieses Landes inklusive Teile seiner Bevölkerung in Kauf genommen wird, dann kann man sich schon fragen, wie die Nachkriegsfriedensordnung wohl aussehen mag, um deren Sicherung es dem Westen allein zu tun ist. Eines steht dabei fest: Mit einer solchen Friedensordnung werden nicht gewaltlose Verhältnisse innerhalb und zwischen den Ländern etabliert. Wenn Staaten sich beständig im Frieden aufrüsten und große Teile ihres nationalen Reichtums in Zerstörungsgerät investieren, dann rechnen sie mit Kriegen.

Und da solche Kriege dann mit unschöner Regelmäßigkeit zwischen den Staaten »ausbrechen«, die sich dieser Ordnung widmen, stellt sich vor allem die Frage, was diese Verhältnisse derart instabil macht. Offensichtlich kommt der Frieden in dieser Welt ohne Krieg nicht aus. Das Urteil, Krieg und Frieden würden sich ausschließen, kann man also getrost vergessen – eine grundlegende Einsicht, die leider bei dem von Politik und Öffentlichkeit an den Rand gedrängten, ja schon halb kriminalisierten Protest wenig verbreitet ist. Hierzu zwei Beispiele.

»Mitte der Gesellschaft« appelliert

Was treibt Angehörige der geistigen Elite der Nation dazu, angestiftet durch Peter Brandt, den Sohn von Willy Brandt, einen Friedensappell »der Mitte der Gesellschaft« zu verfassen¹, der zu Verhandlungen über Frieden in Europa aufruft – für sie »ein notwendiger Schritt, um das Töten zu beenden«? Allerdings in einem Krieg, den es so, wie er in dem Appell vorkommt, gar nicht geben kann. Der Krieg in ihrem Aufruf hat nämlich nur einen Kombattanten, Russland. Damit aber aus dem russischen Angriff der Krieg wird, der in der Ukraine schlimmes Unheil anrichtet, braucht es mindestens zwei Staaten, die sich bekriegen. Ein russischer Angriff ohne militärische Entgegnung der vom Westen ausgerüsteten Ukraine hätte längst das Land erobert und den ukrainischen Präsidenten in die Wüste geschickt.

Aber dass »wir«, also Deutschland, zusammen mit dem Westen den Krieg in der Ukraine – auch noch verantwortlich – führen, das darf nicht sein; weswegen es eben auch nicht der Fall ist. Und so wird Kanzler Scholz denn auch nur als Friedensstifter angesprochen.² Es handelt sich dabei nicht um eine geistige Verwirrung der Verfasser, sondern um die Deutung deutscher Nachkriegsgeschichte im Lichte einer »Friedens- und Entspannungspolitik«, für die Vater Brandt als Agent und Kronzeuge herhält. Dieser Politik soll sich nicht nur die »deutsche Einheit und die Überwindung der europäischen Spaltung« verdankt haben. Auch die Vereinten Nationen, die dem Aufruf zufolge »mit dem Konzept der gemeinsamen Sicherheit den Weg in eine friedliche Welt aufgezeigt« haben sollen, basieren dem Aufruf zufolge auf deutscher Friedenspolitik: Denn die »Wurzeln« dieses Konzepts liegen, wie es da heißt, ebenfalls »in der deutschen Friedens- und Entspannungspolitik«. Man höre und staune! An deutschem Friedenswesen soll nicht nur in Zukunft – bei der Beendigung des Krieges – die Welt genesen, sondern diesem Wesen soll sich auch mindestens der europäische Frieden der jüngeren Vergangenheit verdankt haben.³

Diese versammelten Erfindungen nehmen sich aus wie eine grenzenlos idealisierte Hommage an den Friedensnobelpreisträger Brandt, der mit seiner Ostpolitik in den 1970er Jahren – übrigens überhaupt nicht selbstlos⁴ – jene Annäherung an die Sowjetunion eingeleitet hat, die angesichts der Energieabhängigkeit vom Kriegsgegner Russland heute als einer der größten Fehler der Nachkriegsgeschichte gilt. Übrigens sind auch schon damals die Verträge mit der Sowjetunion als »Ausverkauf deutscher Interessen« von CDU/CSU gegeißelt worden. Allerdings weniger wegen einer möglichen Abhängigkeit von russischen Gas- und Öllieferungen. Die »Moskauer Verträge« mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu Polen wurden vielmehr als Verzicht auf eine Wiedervereinigung mit der DDR ausgedeutet. Das Gegenteil sollte sich bekanntlich bewahrheiten. Und mit der Aneignung der DDR hat die Bundesrepublik schließlich ihre – nicht nur territoriale – Größe erworben, auf deren Grundlage sie sich heute als führende Nation in Europa weiß, die mit der »Zeitenwende« ganz aktuell den Anspruch unterstreicht, nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch in militärischer Hinsicht Führungsaufgaben in der europäischen Friedenspolitik zu übernehmen.

Aber damit nicht genug: Wenn die Autoren im Aufruf schreiben, dass »mit jedem Tag die Gefahr der Ausweitung der Kampfhandlungen wächst«, und wenn sie ihren Wunsch zum Ausdruck bringen, »dass die Welt nicht in einen neuen großen Krieg hineinschlittern darf«, dann ergibt das ein Bild von Kriegshandlungen, die ganz ohne Subjekte und damit ganz ohne jene politischen Interessen auskommen, auf deren Grundlage Kampfhandlungen befohlen, dafür Menschen- und Waffenmaterial rekrutiert, Eskalationen durchkalkuliert und dabei Risiken in Kauf genommen werden, welche im übrigen Zeugnis davon geben, dass dieser Krieg bereits »jener große Krieg« ist,

den Brandt jr. und Co. nicht sehen wollen. Bei ihnen »wächst eine Gefahr« – weshalb und wodurch auch immer. Sie wächst von selbst, fast wie ein Naturereignis. Und da darf die Welt nicht in einen »neuen großen Krieg hineinschlittern« – so als sei die Welt einer völlig namenlosen Kraft ausgeliefert, die nur aufgehoben werden kann ... Wodurch wohl? Natürlich durch eine »europäische Entspannungspolitik«, deren politische Subjekte den Ukraine-Krieg gerade kräftig anheizen. Nur dadurch könne die »Ausweitung der Kampfhandlungen« vermieden und dafür Sorge getragen werden, dass es nicht zu einem »neuen großen Krieg« komme. Immer ist es zudem bei den Appellanten weniger der laufende, territorial – noch – auf die Ukraine begrenzte Krieg, der bei ihnen Anteilnahme und Besorgnis auslöst, sondern eher seine »Ausweitung« zu »neuem großen Krieg«.

Diese Gefahr soll in Friedensverhandlungen eingedämmt werden, als deren Protagonisten sie sich den deutschen »Bundeskanzler, zusammen mit Frankreich insbesondere Brasilien, China, Indien und Indonesien« ausgedacht haben. Eine hübsche Staatengemeinschaft haben sie sich da im Geiste als Friedensstifter zusammengestellt: Neben zwei Kriegsparteien aus dem westlichen Lager, über deren Vorstellungen davon, wie ein siegreiches Kriegsende auszusehen hat, kein Zweifel besteht, sollen es Staaten aus dem Lager des BRICS-Bündnisses richten, zudem bekanntlich auch die Russische Föderation gehört, die bislang noch davon ausgeht, einige ihrer Kriegsziele militärisch durchsetzen zu können.

Auf diese Zusammenstellung können Brandt und Mitstreiter nur kommen, wenn sie davon ausgehen, dass eigentlich niemand am Krieg ein Interesse haben kann – auch die nicht, die ihn in Verfolgung ihrer imperialen Interessen gerade führen. Genau das deuten sie auch an, wenn sie ihre Weltanschauung über einen eigentlichen Zustand der Welt zum besten geben: »Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen«. Die Welt, ein einziges Geben und Nehmen? Die Welt, bevölkert mit Staatsgewalten, die nur der Kompromiss mit ihresgleichen umtreibt? Ob ihnen klar ist, wie verräterisch ihre Vorstellung von einer friedlichen Welt ist, in der sich Partner auf Augenhöhe über die Verfolgung von Interessen irgendwie arbeitsteilig verständigen? Dass nämlich in einer »Welt«, die auf Gegenseitigkeit »angewiesen« ist, das Geben und Nehmen keine Selbstverständlichkeit zwischen Partnern auf Augenhöhe darstellt, sondern es je nach unterschiedlicher Potenz und Interesse von Gebern und Nehmern durchgekämpft wird; eben so, wie dies die kapitalistische Konkurrenzordnung auszeichnet.⁵

Dass für sie der Frieden, für den sie initiativ werden, identisch ist mit einer »Sicherheitsordnung in Europa«, spricht ebenfalls sehr dafür, dass es sich um einen Frieden handelt, dem offenbar nicht recht zu trauen ist. Denn wenn dieser Frieden allein für Sicherheit sorgt, muss es dafür Gründe geben. Worin die chronischen »Unsicherheiten« liegen, die zum Zwecke ihrer Bewältigung so einer Ordnung bedürfen, verrät der Appell nicht. Ausnahmsweise hat er damit aber – wenngleich inhalts- und begrifflos – etwas getroffen: In der Tat ist die Friedensordnung, die der Westen mit dem Ukraine-Krieg wiederherstellen will, die Etablierung einer Ordnung, die ihre Kriegsträchtigkeit in sich trägt. Fazit: Vor dem Frieden aus der »Mitte der Gesellschaft«, aus der dieser Appell stammt, kann man nur warnen.

Frieden in Europa: Ein Antrag der AfD

Woher stammen das Rätselraten und die Empörung über den Antrag der AfD zum »Frieden in Europa«?⁶ Wie kommt die *junge Welt* (9.2.2023) zu dem Urteil, die AfD hätte vor Abfassung des Antrags Kreide gefressen, also ihre wahren Absichten hinter einem Berg von Kalkstein versteckt?

Es setzt sich diese Partei dabei für Friedensverhandlungen ein, die längst auch von anderen illustren Seiten zumindest angesprochen werden. Und es sind formell durchaus seriöse Vorschläge, die sich an Usancen halten, die es bei derartigen Vorschlägen von dritter Seite zu beachten gilt und die in der Frühphase des Krieges auch schon auf dem Tisch lagen – allerdings nicht sehr lange. Da werden von den Kriegsparteien Ukraine und Russland gleichermaßen Kompromisse verlangt und Sicherheitsgarantien versprochen, es werden heikle Punkte, die sich aktuell jeder Friedenslösung entziehen würden – wie die »Lösung des Krimproblems« –, vertagt, und es werden politische Subjekte benannt, denen die AfD nicht nur das notwendige politische Verantwortungsbewusstsein, sondern auch das für solche Verhandlungen notwendige Maß an Neutralität zutraut.

Allerdings erweist sich schnell, dass die AfD mit ihrem seriösen Auftritt doch in erster Linie ihre Schelte an die Adresse der deutschen Führung loswerden wollte. Das beginnt zunächst gänzlich bieder mit der Benennung eines verantwortungsbewussten und neutralen Verhandlungsführers. Und der soll – siehe da – die »deutsche Bundesregierung« sein. Von der weiß allerdings auch die AfD, dass sie in führender Stellung den Ukraine-Krieg mit Waffenlieferungen sponsert. Dieser im Bundestag rechtsaußen angesiedelten Partei ist natürlich nicht entgangen, dass die Bundesregierung diesen Krieg will, ohne ihn selbst führen zu müssen. Scholz steht mit seiner Regierung nicht nur hinter dem Krieg, teilt nicht nur den Anspruch der US-Regierung, dass die Russische Föderation zur Mittelmacht degradiert werden müsse, sondern nimmt zugleich das Risiko einer atomaren Eskalation bewusst in Kauf. Natürlich weiß die AfD auch das. Will sie denn den Kriegsteufel mit einem der – an diesem Krieg engagierten – Beelzebuben austreiben?

Natürlich nicht. Es stellt sich also eine Frage: Was prädestiniert eine derart aufgestellte deutsche Staatsmacht in den Augen der AfD zur Friedensstiftung? Der Sache kommt man näher, wenn man sich zu Gemüte führt, dass die AfD in hübscher Verdrehung bekannter Tatsachen beklagt, dass »die Bundesregierung Deutschlands Rolle als neutraler Mittler in internationalen Konflikten nahezu aufgegeben« habe; und wenn sie die Bundesregierung dazu aufruft, dass sie »sich der Verantwortung Deutschlands für den Frieden in Europa besinnt und endlich engagierter für die Beendigung der Kampfhandlungen und den Frieden auftritt«.

Es ist denn auch, genaugenommen, gar nicht die gewählte Regierung mit ihrem Kriegsprogramm, an die sie sich mit ihrem Antrag wendet. Sie wendet sich vielmehr an eine deutsche Führung, die es zwar nicht gibt, aber die so wäre, wie sie diese Partei gern hätte und wie es in ihre Vorstellung von einem Europa der »Nationalstaaten« passt. Die Führung, die Deutschland hat, ist für sie keine richtige nationale Führung, weil sie sich, so das AfD-Urteil, in verhängnisvolle, souveränitätsschädigende Abhängigkeit von den USA begeben hat. Das teilt sie im Antrag denn auch mit, wenn sie wünscht, »dass die europäischen Nationalstaaten (...) in einer sich herausbildenden multipolaren Weltordnung souverän und unabhängig über ihre Sicherheit entscheiden (...) müssen«. Anders gesagt: Im Antrag entwirft die Partei mal so nebenbei, aber doch pointiert genug, dass es nicht zu übersehen ist, gegen die eingerichtete EU ihr Bild von einem Europa »souveräner und unabhängiger Nationalstaaten«.

Zugleich konfrontiert sie die US-dominierte Weltordnung mit der Vorstellung einer »multipolaren Weltordnung«, behauptet, dass die sich bereits »herausbilde«, prognostiziert einen »Neustart freundschaftlicher Beziehungen, die die europäischen Nationalstaaten eigenständig und unabhängig von fremden Interessen zu Russland (!) aufbauen könnten und sollten«, und schafft es, im ganzen Antrag zwar den Papst anzurufen, die Rolle der USA aber explizit mit keinem Wort zu erwähnen. Auch der NATO, die die AfD deshalb nicht leiden kann, weil Deutschland in ihr immer noch eine –

übrigens auch von Scholz und Baerbock beklagte – untergeordnete Stellung bekleidet, wird nur die eine, in ihr Konzept passende Erwähnung zuteil: Die »Ukraine dürfe kein Mitglied des NATO-Bündnisses« werden.

In diesem Europabild malt sie die vollständige Restauration des Nationalstaatsprinzips aus: »Souverän, eigenständig, unabhängig« sollen sich EU-Staaten auf ihre nationalen Interessen besinnen, sich nicht mehr von Brüssel weiter ihre Souveränität beschneiden lassen und »freundschaftliche Beziehungen zu Russland aufbauen«. Dass die »multipolare Weltordnung«, die alle vom Westen angegriffenen bzw. ins Visier genommenen größeren Mächte wie etwa China oder Indien ebenfalls fordern, von der AfD ohne ein starkes Deutschland nicht zu denken ist, ergibt sich aus der Rolle, die Deutschland als »neutraler Vermittler in internationalen Konflikten« wieder einzunehmen hätte, natürlich immer mit der OSZE in »überwachender« Funktion dabei. Auf ihr souveränes, eigenständiges Deutschland hat die Welt wieder zu hören; dies ist ihre Variante einer imperialistischen Großmachtvision.

Und auf diese Weise soll der »Frieden in Europa« wieder einkehren? Mit neu geschärftem Nationalismus der europäischen Staaten und mit einer Kampfansage an das von den USA beanspruchte Weltordnungsmonopol, in dem ein von der AfD etablierter Freund Russland doch gerade keinen Platz als anerkannte Weltmacht haben soll? Hübscher Frieden!

Doch wohlgermerkt: Dass der AfD-Antrag im Bundestag keine Mehrheit bekommen hatte, lag nicht daran, dass der Ampel und CDU/CSU die Friedensvorstellungen dieser Partei mit ihrer anti-amerikanischen Ausrichtung so gar nicht gepasst hätten. Dass man sich mehr Selbständigkeit gegenüber dem »großen Partner« wünscht, treibt deutsche Politik nicht erst seit Trump um. Auch werden sie kaum vor dem Bild zurückgeschreckt sein, das die AfD für ein neues Großdeutschland vorgestellt hat. Mit dem Programm der »Zeitenwende« zielt die Scholz-Regierung durchaus in eine genauso kriegsträchtige Richtung – nur eben mit zunächst noch umgekehrten weltpolitischen Vorstellungen.

Abgelehnt wurde der Antrag erstens, weil er von der AfD kam, zweitens, weil der russische Angriffskrieg – was gänzlich gegen die offizielle politische Linie gerichtet ist – auf ein Versäumnis des Westens zurückgeführt wird, denn der AfD zufolge waren »die EU und ihre Mitgliedstaaten zu schwach (...), den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in ihrer östlichen Nachbarschaft zu verhindern«, und drittens, weil die Friedensregelungen des Antrags den auf russische Degradierung zielenden Siegvorstellungen, die Deutschland mit dem Rest des Westens teilt und verfolgt, gänzlich widersprechen.

Demokratischer Patriotismus

Dass der AfD-Vorsitzende Tion Chrupalla und eventuell noch andere Rechtsaußenfiguren auch das Manifest von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer unterzeichnet haben, hat Rätselforen ausgelöst. Spekulationen über unlautere Motive und Diskreditierung der Autorinnen – dazu gehört prominent der »Querfront«-Verdacht – machten die Runde. Eine durchgehende Affinität zum Gehalt des Manifestes kann es jedoch wohl kaum gewesen sein, denn ihre eigenen politischen Ambitionen werden die AfDler im Manifest kaum entdeckt haben. Dessen demokratischer Patriotismus, der einerseits zwar eine Anklage an den deutschen Kriegskurs enthält, der aber andererseits dann doch wieder in die Unterwerfung unter den guten Willen der regierenden Politik mündet, die bekanntlich im Schulterchluss mit den USA in der Ukraine einen Krieg führt, ist das Letzte, was den AfDlern passt.

Diese Partei bringt ja gerade mit ihrem eigenen Antrag zum Ausdruck, dass für sie die Behauptung nationalstaatlicher Souveränität auch und gerade gegen die USA – wenigstens unter Biden; unter Trump sähe es für sie wohl etwas anders aus – das A und O ihrer Politik und alles andere für sie eine Bankrotterklärung nationaler Souveränität ist. Dennoch gibt es eine gemeinsame Schnittmenge: die Vorstellung – und mehr wäre es nicht –, dass durch Verhandlungen der Krieg beendet werden könnte, ohne dass die USA ihre Zwecke militärisch durchgesetzt hätten, dass der Russischen Föderation vielleicht Zugeständnisse gemacht werden müssten, die zur Zeit von Wolodimir Selenskij noch als Bankrotterklärung abgeschmettert werden, dass die Welt darüber der multipolaren Ordnung mit neu gewichteter deutscher (Friedens-)Rolle näherkommen könnte, diese Vorstellung gefällt einem AfDler.

Anmerkungen

1 Siehe im Netz: frieden-und-zukunft.de/2023-04-01_aufruf-frieden-schaffen

2 Im Aufruf aus der »Mitte der Gesellschaft« wie auch in dem der AfD (siehe unten) wird jeweils ein Kanzler erfunden, der mit dem, der den Krieg gegen Russland »from behind« führt, nichts zu tun hat; allerdings aus gegensätzlichen Motiven. Während sich Brandt jr. in seinem Manifest den realregierenden Kanzler als Friedensstifter zurechtdenkt, malt sich die AfD einen deutschen Kanzler, der eine eigenständige, nationale Politik mit gegen die USA gerichteten Weltmachtambitionen verfolgt.

3 Welcher Friede? Der Friede, der in der EU-Gründung steckt, die als Konkurrenzunternehmung gegen die USA etabliert worden ist? Der Friede, der in der Annexion der DDR steckt, einem kriegsergebnisgleichen Vorgang, der nur deswegen ohne Waffengang über die Bühne ging, weil die Sowjetunion seinen Panzern befohlen hatte, in der Kaserne zu bleiben? Der Friede, mit dem Jugoslawien in handliche nichtsozialistische Teilstaaten zerlegt worden ist? Der Friede, mit dem Europa unter Merkel Griechenlands Bevölkerung zwecks Rettung des Euro vor dem verschuldeten Staatshaushalt verarmt hat? Usw.

4 »Es ist jedoch kein Zufall, dass zeitgleich, am 1. Februar 1970, die Konzerne Ruhrgas und Mannesmann sowie die Deutsche Bank mit sowjetischen Regierungsvertretern ein Milliardengeschäft unterzeichneten. Der Vertrag sah die Lieferung von 1,2 Millionen Tonnen Großrohren durch die Mannesmannröhren-Werke an die Sowjets bis Dezember 1972 für eine Gaspipeline von 2.000 Kilometer Länge vor. Die Deutsche Bank finanzierte gemeinsam mit anderen deutschen Geldhäusern dieses Geschäft mit einem Kredit von 1,2 Milliarden DM zu Konditionen, die drei Prozentpunkte unter den damals üblichen Zinsen lagen. Die sowjetische Seite verpflichtete sich im Gegenzug, vom 1. Oktober 1972 bis 1992 52 Milliarden Kubikmeter Gas im Wert von 2,5 Milliarden DM zu liefern. Damit war auch der Kredit zu tilgen. Die Ruhrgas AG hatte dagegen den Auftrag, das sowjetische Gas in der BRD zu verkaufen. Obwohl diese für die sowjetische Seite sehr vorteilhaften Bedingungen geheimgehalten wurden, sickerten Informationen darüber in die Medien durch« (www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/54107/die-westdeutsche-ostpolitik-und-der-zerfall-der-sowjetunion).

5 Das ist ausführlich Thema im 4. Kapitel der Flugschrift.

6 Der Wortlaut des Antrags: Deutscher Bundestag, Drucksache 20/55510. 7.2.2023